

Tabak-Arbeiter

Nr. 51 / Bremen, den 21. Dezember 1929

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatslicher Bezugspreis 40 A ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 A für die vorgespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abends. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. D. Schmalefeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20., Telefon: Am Domsheide 20780. Selbst- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Postfach 5549 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großkaufmannschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung, Bremen. Verbandsauschlußvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Wejenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24

Um die Tabaksteuererhöhung

Die Ereignisse überstürzen sich. Was gestern noch als feststehend betrachtet werden konnte, gilt heute schon nicht mehr. Die Situation ändert sich nicht nur von Tag zu Tag, sondern von Stunde zu Stunde. Unter diesen Umständen ist es für eine wöchentlich nur einmal erscheinende Zeitung äußerst schwer, ihre Leserinnen und Leser auf dem laufenden zu halten. Dennoch wollen wir versuchen, wenn auch nur stichwortartig, ein Bild von der Entwicklung der Dinge in den letzten Tagen zu geben.

Als die vorige Nummer des „Tabak-Arbeiter“ abgeschlossen wurde, stand bereits fest, daß die Reichsregierung noch im Laufe der gleichen Woche dem Reichstag die Grundlage ihres finanziellen Gesamtprogramms unterbreiten wollte. Das ist dann auch geschehen. Am 10. Dezember wurde den Führern der Regierungskoalition das Finanzprogramm der Reichsregierung vom 9. Dezember 1929 überreicht, in dem auch die schon bekannten Pläne über die Erhöhung der Tabaksteuer, die Kontingentierung der Zigarettenherstellung und die Subventionierung des deutschen Tabakbaues enthalten waren. Dazu wurde erklärt, daß die Erhöhung der Tabaksteuer und die Heraufsetzung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung zur Ueberwindung augenblicklicher finanzieller Schwierigkeiten schon am 1. Januar 1930 in Kraft treten müsse. Am 14. Dezember billigte der Reichstag durch die Annahme des Vertrauensvotums die Erklärung der Reichsregierung und vertraute darauf, daß das Finanzprogramm vorbehaltlich der endgültigen Gestaltung der Gesetze im einzelnen in Wahrung der von der Reichsregierung bekanntgegebenen Grundzüge der Finanzreform durchgeführt wird.

So war die Situation, als die Mitglieder des Vorstandes, Beirates und des Ausschusses, sowie die Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes am 15. Dezember im Bremer Volkshaus zusammentraten. Der Verbandsvorsitzende Kollege Husung hielt ein mit reichhaltigem Zahlenmaterial versehenes Referat, das wir an anderer Stelle dieses Blattes, wenn auch gekürzt, zum Abdruck bringen. An seine mit großem Beifall entgegengenommenen Ausführungen knüpfte sich eine rege Aussprache, an der sich Vertreter aus allen Zweigen der Tabakindustrie beteiligten, die sich mit großer Sachlichkeit, aber auch durchdrungen von tiefer Leidenschaft, gegen die in Aussicht genommene Erhöhung der Tabaksteuer wandten. Außerdem wurde gegen die Kontingentierung der Zigarettenherstellung Stellung genommen und das Zigarettenmonopol gefordert. Aber nicht nur das. Es wurde auch nach Mitteln und Wegen gesucht, die es ermöglichen, das kaum noch abzuwendende Unheil für die Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie so erträglich wie möglich zu machen. Eine wertvolle Bereicherung fand die Aussprache durch die Reden der Kollegen Schlüter, Bergholz und Detmahn. Während Schlüter und Bergholz als Reichstagsabgeordnete ein Bild von den politischen Zusammenhängen und den Vorgängen im Reichstag gaben, konnte Detmahn aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen mit Anregungen für das praktische und taktische Handeln aufwarten. Das Ergebnis der Aussprache war die einstimmige Annahme nachstehender

Entscheidung

Die am 15. Dezember 1929 im Bremer Volkshaus versammelten Mitglieder des Vorstandes, Beirates und Ausschusses sowie die Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes nehmen mit Befremden davon Kenntnis, daß nicht ohne Schuld interessierter Unternehmerkreise Zigaretten, Rauchtobak, Kautabak und Schnupftobak bei der kommenden Reichsfinanzreform mehr belastet werden sollen.

Leider nur zu oft haben die Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie erfahren müssen, daß jede Erhöhung des Tabakzollens und der Steuern auf Tabak und Tabakerzeugnisse für sie mit längerer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verbunden ist, sowie ihr Streben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hemmt. Die versammelten Funktionäre des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes wenden sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen jede Erhöhung des Tabakzollens und der Steuern auf Tabak und Tabakerzeugnisse. Sie wissen sich darin einig mit der gesamten Mitgliedschaft, deren Vertreter noch im Jahre 1928 auf dem Münchener Verbandstag einmütig einem Antrag zugestimmt haben, der den Abbau der unsozialen Tabaksteuer verlangt.

Aber auch gegen die vorgeschlagene Kontingentierung müssen die versammelten Funktionäre des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes die größten Bedenken erheben. Eine Kontingentierung würde das jetzt schon bestehende Privatmonopol weniger Firmen noch mehr befestigen und damit zu einer Gefahr sowohl für die Zigarettenarbeiterschaft wie auch für die Zigarettenverbraucher werden. Außerdem würde sie eine spätere Ueberführung der Zigarettenherstellung in die Gemeinwirtschaft außerordentlich erschweren und verteuern, wobei noch gar nicht einmal feststeht, daß der mit der Kontingentierung gewollte Zweck auch erreicht wird.

Die versammelten Funktionäre des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes sind sich aber auch darüber klar, daß mit der Betonung ihrer grundsätzlich ablehnenden Stellungnahme gegen jede Erhöhung des Tabakzollens und der Steuern auf Tabak und Tabakerzeugnisse der Tabakarbeiterschaft allein nicht gedient ist, nachdem feststeht, daß Tabak und Tabakerzeugnisse höhere Reichseinnahmen bringen sollen. Aus diesem Grunde beauftragen sie den Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, alle nach Lage der Verhältnisse erfolgversprechenden Mittel in Anwendung zu bringen, die geeignet sind, die Nachteile für die Tabakarbeiterschaft und die Verbraucher auf ein Minimum herabzudrücken. In erster Linie denken sie dabei, gestützt auf die einmütig angenommene Entschließung des Nordhauser Verbandstages im Jahre 1925, an die Einführung eines staatlichen Zigarettenmonopols unter eventueller Einbeziehung des feingeschnittenen Zigarettenabaks, weil ein solches Monopol Mehrerträge für das Reich liefern würde, ohne Tabakarbeiter und Verbraucher zu schädigen. Falls dennoch durch Betriebsumstellungen usw. Arbeiterinnen und Arbeiter verdienstgeschädigt werden sollten, muß für eine angemessene Entschädigung dieser Arbeitskräfte geforgt werden.

Nachzutragen wäre dann noch, daß man sich bereits am 16. Dezember im Reichstag mit einem Initiativgesetz über die Erhöhung der Tabaksteuer beschäftigt hat. Es muß deshalb damit gerechnet werden, daß das Schicksal des Tabaksteuergesetzes schon entschieden ist, wenn diese Zeitung in die Hände der Mitglieder gelangt. Um aber auch hier für die Tabakarbeiterschaft wirken zu können, ist eine Vertretung des Verbandsvorstandes in Berlin, die, gestützt auf die einstimmig angenommene Entschließung vom 15. Dezember 1929, alles tun wird, was im Interesse der Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie nach Lage der Verhältnisse getan werden kann.

Kurz vor Redaktionschluß erfahren wir, daß die Dauer der Kontingentierung bis zum 31. März 1931 begrenzt werden soll. Zugleich bezweckt eine neue Bestimmung, wesentliche Preissteigerungen für den Verbraucher und eine übermäßige Einschränkung der Spanne für den Zwischenhandel zu verhindern.

Referat des Verbandsvorsitzenden Husung

Bereits im Laufe des vergangenen Sommers wurde bei der öffentlichen Besprechung der Notwendigkeit einer Finanzreform darauf hingewiesen, daß die steuerliche Belastung der Wirtschaft durch Realsteuern usw. unerträglich hoch sei und in keinem Verhältnis stände zu ihrer Leistungsfähigkeit. Für die Senkung dieser Steuerarten wurde lebhafteste Propaganda gemacht, um damit zu erreichen, daß die Kapitalbildung gefördert und das gesamte Wirtschaftsleben angekurbelt werden könne. Dadurch sollte den Arbeitslosen und der gesamten Bevölkerung über die wirtschaftlichen Nöte hinweggeholfen werden. Zugleich wurde erklärt, daß diese Steuern in Deutschland unverhältnismäßig hoch seien im Vergleich zu den in anderen Ländern. Dadurch würde die Kapitalflucht aus Deutschland begünstigt und der deutschen Wirtschaft erheblicher Schaden zugefügt, zugleich aber auch das Steueraufkommen des Reiches erheblich geschmälert.

Weiter wurde darauf hingewiesen, wenn auch zunächst in recht vorläufiger Form, daß im Gegensatz zu den direkten Steuern die indirekten Steuern Deutschlands nicht genügend ausgebaut seien. Insbesondere wurde dabei Tabak und Alkohol erwähnt und Vergleiche angestellt über die steuerliche Belastung in Deutschland und in anderen Ländern. Man sagte, daß diese entbehrlichen Genußmittel ganz erhebliche Mehrerträge erbringen könnten, so daß dadurch nicht nur allein das Defizit des Reiches beseitigt, sondern auch die Senkung der überspannten direkten Steuern vorgenommen werden könnte. Bald aber nahm die Frage der Flüssigmachung neuer Mittel aus dem Tabakverbrauch festere Formen an.

In der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ veröffentlichte der Demokrat Gustav Stolper einen Artikel, in welchem er sich mit der kommenden Reichsfinanzreform beschäftigte und die Schaffung eines Tabakmonopols in Vorschlag brachte. Der ehemalige Reichsfinanzminister Reinhold veröffentlichte am 30. Oktober d. J. im „Berliner Tageblatt“ einen Artikel zur Reichsfinanzreform, worin er einen Mehrertrag erreichen will durch eine Reform des Steuersystems. Das Ziel der Reform müsse sein, den Tabakkonsum dorthin zu lenken, wo er die höchste Steuer trägt, also auf die Zigarette. Dr. Frank hebt in Heft 43 des „Wirtschaftsdienstes“ hervor, was für und gegen die Stolperschen Pläne spricht und kommt bezüglich der Verschiebung der jetzigen Belastung zu ähnlichen Schlüssen wie Dr. Reinhold. Er will mit der stärkeren fiskalischen Ausbeutung die Tendenz verbinden, das Gewerbe selbst von den Fesseln unrationeller Betriebsführung zu befreien und einer modernen, Kräfte und Kosten sparenden Produktionsweise den Weg ebnen. Gemeint ist die Zigarre. In der „Industrie und Handelszeitung“ vom 1. November redet Dr. Veit einem erhöhten Zoll das Wort und will damit die steuerliche Bevorzugung der Zigarre gegenüber der Zigarette beseitigen.

Nachdem so der Weg durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung vorbereitet war, wurde, wie der Reichstagsabgeordnete Büll berichtete, von der Zigarettenindustrie ein Vorstoß unternommen. Sie soll der Regierung angeboten haben, eine weitere steuerliche Belastung der Zigarette zu übernehmen, ohne daß dadurch eine Belastung der Konsumenten eintritt. Dabei war Voraussetzung, daß die Zigarettenindustrie kontingentiert wird und die Steuersätze für Feinschnitt, Pfeifentabak, Raufabak, Schnupstabak und Zigarettenpapier erhöht werden. Die Zigarre sollte aus sozialen Gründen an einer Steuererhöhung nicht beteiligt werden.

Nachdem die geplante Erhöhung der verschiedenen Steuersätze bekannt geworden waren, erschien in der „Frankfurter Zeitung“ ein Artikel, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß bei einer Erhöhung der Tabaksteuersätze an der Zigarre nicht vorübergegangen werden könne, wenn die erforderlichen Erträge aus der Tabakbesteuerung fließen sollten. Dieselbe Stellungnahme wurde von dem Organ der Zigarettenfabrikanten eingenommen. Die Reichsregierung, die infolge des Defizits im Reichsäckel notwendig Geld brauchte, konnte selbstverständlich ein Angebot, wie es die Zigarettenindustrie machte, nicht ablehnen, zumal sie eine Belastung der Verbraucher nicht bringen, sondern vom Handel und der Industrie getragen werden sollte. Die Regierung hat deshalb in ihrem Sofortprogramm eine Steuererhöhung für Zigaretten und Raufabak vorgesehen, die 220 Millionen bringen soll, und außerdem die Kontingentierung der Zigarette vorgeschlagen.

Mit dem Vorschlag der Regierung müssen wir uns beschäftigen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die bürgerlichen Parteien sofort damit einverstanden waren. Neben der Tabaksteuererhöhung ist die Sicherung der Arbeitslosenversicherung vorgesehen. Dazu die Beseitigung der Zuckersteuer und die Erhöhung der steuerfreien Grenze bei der Einkommensteuer. Die Verflechtung dieser drei wichtigen Dinge mit der Tabaksteuererhöhung erschwert die Lage ganz erheblich. Die Arbeiter anderer Industriegruppen werden die Tabaksteuererhöhung für die Beseitigung der Zuckersteuer, die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums und die Sicherung der Arbeitslosenversicherung wohl oder übel in Kauf nehmen. An dieser bitteren Wahrheit dürfen wir nicht

vorübergehen. Trotzdem dürfen wir uns nicht einfach mit den Steuerplänen abfinden, sondern müssen dagegen ankämpfen. Wir sind gegen jedwede Tabaksteuererhöhung und haben das unserer Reichstagsfraktion gegenüber zum Ausdruck gebracht. Ihre Vertretung ist ganz unserer Ansicht.

Jede Tabaksteuererhöhung hatte bisher große Arbeitslosigkeit und Beeinträchtigung des Kampfes um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Folge. Noch in diesem Jahr lehnten die Fabrikanten unter Berufung auf die Tabaksteuererhöhung vom Jahre 1925 Lohnzulagen ab. Die Regierung sagt allerdings, der Tabak sei in den letzten Jahren bei den Steuererhöhungen nicht genügend berücksichtigt worden. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß Zoll und Steuer im Jahre 1918 „nur“ 183 000 000 Mark, im Jahre 1928/29 dagegen 950 000 000 Mark gebracht haben. Das ist eine Verfünffachung des Betrages. Die Folgen der Steuererhöhung sind, daß in solchen Branchen der Tabakindustrie, die nicht mit Maschinen arbeiten, ein erheblicher Rückgang der beschäftigten Arbeiter zu verzeichnen ist. Das gleiche Bild ergibt sich bei einem Vergleich der Mengen der versteuerten Tabakfabrikate. In der Zigarettenherstellung dürfte die Steigerung der Stückzahl der Menge des verarbeiteten Tabaks nicht entsprechen. Die Steigerung des Feinschnitts, der steuerbegünstigt ist, ist auf die Verringerung der Geschmacksrichtung und die allgemeine Steigerung des Pfeifentrauchens zurückzuführen. Sie erreicht aber nicht das Ausmaß der Steigerung des Zigarettenkonsums.

Was sollen wir nun tun? Wir lehnen jedwede Erhöhung der Tabaksteuer ab. Wenn jedoch die Möglichkeit besteht, die Einnahmen des Reiches zu erhöhen aus den Erträgen des Tabaks, ohne daß deshalb der Konsum belastet wird und eine Verdienstschädigung der Tabakarbeiter eintritt, werden wir uns faum dagegen wehren können. Die Vorschläge der Regierung und der Zigarettenindustrie finden dagegen unseren Beifall nicht. So müssen wir die Kontingentierung der Zigarettenindustrie ablehnen. Wir fordern das Staatsmonopol für die Zigarettenindustrie, das nach unserer Meinung auch allein durchführbar ist, weil es sich nicht um gemischte Betriebe handelt. Die von den Gegnern des Monopols angeführten Schwierigkeiten beim Tabakeinkauf, bei der Einführung neuer Marken und bei den Ladenhütern sind stark übertrieben. Der Tabakeinkauf für 80 Prozent der Produktion erfolgt schon jetzt durch zwei Firmen. Die Monopolverwaltung dürfte nicht teurer kaufen. Neue Marken wurden bisher in der Regel aus Konkurrenzgründen eingeführt. Bei einem Monopol erübrigt sich das. Dadurch werden auch die Ladenhüter weniger. Ersparnisse sind also zu machen, auch bei den Reklamen. Dazu kommen Ersparnisse aus der weiteren Rationalisierung. Auch beim Handel kann gespart werden. Zum Schutze des Monopols muß die Anfertigung und der Vertrieb von Feinschnitt aus Zigarettenfabriken dem Monopol vorbehalten bleiben. Ebenso der Vertrieb von Zigarettenhülsen, für die ein entsprechender Preis festgelegt werden müßte. Falls dieser Schutz nicht genügen sollte, ist zu überlegen, ob die Herstellung von Feinschnitt aus anderen Ueberseetabaken dem Monopol zu übertragen ist. Abhilfe dürfte vielleicht auch möglich sein dadurch, daß die Schnittbreite des steuerbegünstigten Tabaks von $\frac{1}{4}$ Millimeter auf 1 Millimeter erhöht würde. Die große Steigerung des im letzten Halbjahr in den Handel übergegangenen Zigarettenpapiers ist nicht erklärlich und es scheint fast, als hätten interessierte Kreise die Hände dabei im Spiel.

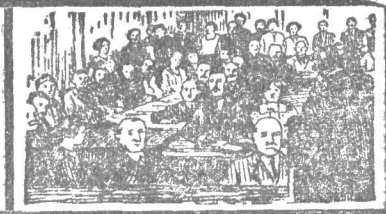
Zusammenfassend möchte ich sagen, daß wir eine Kontingentierung der Zigarettenindustrie sowie jedwede Erhöhung des Tabakzollens und der Steuerabgaben für Tabakfabrikate ablehnen. Dagegen aber sind wir bereit, für die Monopolisierung der Zigarettenherstellung und der Herstellung von feingeschnittenen Zigarettenfabrikaten einzutreten, weil wir der Ueberzeugung sind, daß dadurch für das Reich erhebliche Mehreinnahmen geschaffen werden können, ohne daß die Verbraucher durch erhöhte Preise oder verschlechterte Qualität geschädigt werden. So kann auch ein Rückgang des Konsums und damit eine Schädigung der Zigarettenarbeiter durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit vermieden werden. Falls dennoch bei der Einführung des Zigarettenmonopols Schädigungen der Arbeiter durch Betriebsumstellungen usw. nicht vermieden werden können, ist den geschädigten Arbeitern eine entsprechende Entschädigung zu zahlen. Ich bitte, die gemachten Ausführungen eingehend zu prüfen und der vorgelegten Entschliebung einmütig zuzustimmen.

Tabakaußenhandel im Oktober

Ueber das vorläufige Ergebnis des deutschen Außenhandels im Oktober wird im ersten Dezember-Heft der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ berichtet. Daraus geht hervor, daß im Berichtsmonat 90 022 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 22 235 000 RM. eingeführt und 256 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 27 000 RM. ausgeführt worden sind.



Verbandsleben



Sollen wir Film- oder Lichtbildvorträge abhalten?

Im Zeitalter des Films und der Bildpropaganda müßte diese Frage eigentlich mit einem glatten „Ja“ beantwortet werden. Wir wissen, daß Gewerkschaften, Partei, Konsumvereine usw. schon längst den Film oder das Lichtbild in den Dienst der Aufklärung in wirtschaftlicher, politischer und genossenschaftlicher Hinsicht gestellt haben. Maßgebend hierfür war, daß das gesprochene Wort durch das Bild anschaulicher bzw. begrifflicher gemacht wird. Nicht nur das Gehör, sondern auch das Auge soll Eindrücke wahrnehmen, damit beide Sinne sich gegenseitig ergänzen und das Wahrgenommene besser und eindringlicher im Gehirn haften bleibt. Das gesprochene Wort wird also durch Illustrationen verständlicher gemacht.

Es wäre noch die Frage aufzuwerfen, welche Art der bildlichen Aufklärung vorzuziehen ist. Bei Beantwortung dieser Frage wird man sich in fast allen Fällen für den Film entscheiden. Das sog. „lebende Bild“ wirkt entschieden anregender, während das „stehende“ oder „tote“ Bild nicht selten ermüdend wirkt. Selbst das gesprochene Wort als Erklärung zu den einzelnen Bildern kann diese nachteilige Erscheinung nicht ganz beseitigen. Dem Film ist also mit seinen beweglichen Bildern unbedingt der Vorzug zu geben, weil er dem Leben näherkommt, das „Lebendige“ plastischer und naturgetreuer darstellt. Der Zuschauer fühlt sich in die Gedanken des Films unwillkürlich einbezogen, er „lebt“ mit. Trotzdem kann das Lichtbild, also das „tote“ Bild, nicht ganz ausgeschaltet werden, da sich nicht jede Materie so ohne weiteres „filmen“ läßt, ganz abgesehen von den hohen Kosten, die ein solcher Film unabweisbar verursacht.

Ich habe nun in einer Reihe von Orten der Tarifgebiete Sießen und Untermain während 4 Wochen Lichtbildvorträge abgehalten. Es sollte dies ein Versuch sein, um festzustellen, ob unsere Kollegenschaft für diese Art der Aufklärung zugänglich bzw. empfänglich ist. Wenn ich nun das Fazit dieser Vorträge ziehe, so kann ich behaupten, daß das Experiment geglückt ist; die Neuerung hat sich gut eingeführt. Das Interesse der Kollegenschaft für diese Sache ist geweckt und wurde verschiedentlich der Wunsch geäußert, bald wieder solche oder ähnliche Vorträge abzuhalten. Der Vortrag selbst behandelte ein berufskundliches Thema und zwar die Geschichte, Anpflanzung und Verarbeitung des Zigarettenabaks. An Hand der Lichtbilder konnte ich der Kollegenschaft den Werdegang der Zigarette (vom Tabakblatt bis zum fertigen Rauchmaterial) anschaulich erklären. Der Einblick in die mechanisierte Produktionsmethode der Zigarettenindustrie war für unsere Kolleginnen und Kollegen sicherlich sehr interessant, zumal durch Lichtbilder aus einer Zigarettenfabrik Vergleiche gegenüber der Produktionsmethode in der Zigarettenindustrie angestellt werden konnten. Die Bilder wiesen auch sehr plastisch auf die Arbeitsverhältnisse in beiden Sparten hin.

Die Lichtbildvorträge fanden im Tarifgebiet Sießen in folgenden Orten statt: Rosdorf, Offenbach (Dill), Heuchelheim, Rodheim, Wiesfeld, Baldgirmes, Erda, Wägenborn-Steinberg, Gladenbach und Dorlar; im Tarifgebiet Untermain in den Orten: Bad Orb, Bernbach, Reufes, Somborn, Michelbach, Alzenau, Schöllkrippen, Krombach, Schimborn, Dörnsteinbach, Niedersteinbach, Klein-Ostheim, Dangenprozelten und Burgsinn.

Der Besuch war in den meisten Orten als gut, teilweise sogar als sehr gut zu bezeichnen, nur in einzelnen Orten hatten wir einen mäßigen Besuch aufzuweisen.

Durch diese Vorträge wurde das Interesse bzw. Zugehörigkeitsgefühl für die Organisation wesentlich gestärkt. Ich werde deshalb auch weiterhin in der Zahlstelle Sießen solche Vorträge mit abwechselnden Themen gewerkschaftlicher Aufklärungsarbeit bei Versammlungen durchführen, zumal die Kollegenschaft ihre Wünsche in dieser Hinsicht bereits lebhaft geäußert hat.

Ganz besonders erfreulich ist, daß sich unser Vorstand intensiv mit der Frage der Aufklärung durch Film und Lichtbild beschäftigt. Ich hege den besonderen Wunsch, daß sehr bald ein Beschluß unserer Organisation vor den Augen der Kolleginnen und Kollegen abrollen kann. Diese Einrichtung wird

sich bestimmt zum Segen nicht nur der Kollegenschaft, sondern auch des Verbandes selbst, auswirken. Deshalb: Stellt überall Film und Lichtbild als Kulturfaktoren in den Dienst unserer gewerkschaftlichen Aufklärung!

Durban.

Betriebsräteurse im Gau Dresden

In der Zeit vom 23. November bis zum 3. Dezember fanden in Magdeburg, Leipzig, Dresden, Waldheim, Chemnitz, Gera, Lobenstein und Schöneck die ersten Betriebsräteurse statt. Der Gau Dresden war in 8 Bezirke eingeteilt worden, so daß an jedem Kursus auch die Betriebsräte und Obleute der in der Nähe liegenden Zahlstellen teilnehmen konnten. Außerdem waren die Bezirke so eingeteilt worden, daß alle Teilnehmer frühzeitig da waren, so daß, mit Ausnahme von denen in Lobenstein und Schöneck, die Kurse bereits um 9 Uhr durch den Gauleiter Kollegen Clement eröffnet werden konnten. Die Kurse waren wie folgt besetzt: Magdeburg 52, Leipzig 50, Dresden (Zigarette) 51, Dresden (Zigarre) 43, Waldheim 64, Chemnitz 46, Gera 28, Schöneck 41 und Lobenstein 27 Teilnehmer, insgesamt 402 Teilnehmer.

Kollege Wenzel vom Vorstand sprach über das „Betriebsrätegesetz unter besonderer Berücksichtigung des Mitwirkungsrechtes“. Um die Aufmerksamkeit während der Kurse nicht zu stören, wurden während der Tagungszeit keine Getränke usw. verabreicht. Diese Anordnung hat sich gut bewährt. Alle Anwesenden folgten dem lehrreichen und instruktiven Vortrag des Kollegen Wenzel mit großem Interesse. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der Vorstand zur Weiterbildung der Betriebsräte einen Auszug des Betriebsrätegesetzes herausgeben möge, welcher an alle Betriebsratsmitglieder zu verteilen ist. Im übrigen wurde dem Vorstand der Dank für die Veranstaltung der Betriebsräteurse ausgesprochen. Es wurde gewünscht, daß auch zukünftig derartige Kurse abgehalten werden.

Als Punkt 2 der Tagesordnung war vorgesehen: „Die praktischen Erfahrungen aus dem Betriebsrätegesetz“. Hierzu referierte in Magdeburg, Dresden (Zigarettenindustrie), Waldheim, Gera, Lobenstein und Schöneck Gauleiter Kollege Clement, in Leipzig Betriebsratsvorsitzender Kollege Karl Becker, in Dresden (Zigarettenindustrie) Kollege Domeser und in Chemnitz Kollege Hermann Fischer (Frankenberg). Auch bei diesem Punkte war in allen Orten die größte Aufmerksamkeit zu verzeichnen.

Gauleiter Clement konnte am Schluß der einzelnen Kurse feststellen, daß alle Anwesenden aufmerksam und mit Interesse den Ausführungen der Referenten gefolgt waren. Zu gleicher Zeit wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Betriebsräte das Gehörte im Interesse der Kollegenschaft verwenden möchten. Im übrigen müsse auch dieser Kursus dazu beitragen, daß es uns in allen Betrieben gelingt, die Kollegenschaft reiflos für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband zu gewinnen. Nur dann, wenn alle Tabakarbeiter in einer Organisation vereinigt wären, könne der Betriebsrat seine Pflicht voll und ganz ausfüllen.

Konferenz- und Versammlungsberichte

Planitz-Zwickau. Am 7. Dezember hielten wir im Schreiberheim Planitz-D. eine Mitgliederversammlung ab, welche erfreulicherweise eine größere Besucherzahl aufwies. Einem 1½stündigen Referat des Kollegen Fischer (Frankenberg) über die Entwicklung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, das derselbe in anschaulicher Form darbot, folgten die Kolleginnen mit sichtbarem Interesse. Weiter wurden, angeregt durch die Betriebsräte-Konferenz in Chemnitz, verschiedene Fragen in der Tätigkeit der Betriebsräte geklärt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Aufforderung, dieselbe in Zukunft noch besser zu besuchen und weiter für die Organisation zu werben, damit auch hier die letzte Kollegin dem Verbandszuge geführt wird.

Schöneck. Mitgliederversammlung am 2. Dezember im Gewerkschaftshaus „Kaiserteller“. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung nahm die Versammlung Kenntnis von den Ein- und Ausgängen. Besonders vorgetragen wurden die Rundschreiben für die bereits stattgefundenen Werbewoche, Betriebsräte-Kursus, Jugendbewegung und Betriebsratkaffee. Sodann wurde die Abrechnung vom 3. Quartal vorgetragen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hieran referierte Kollege Wenzel vom Vorstand über „Die Entwicklung in der Tabakindustrie“ und streifte am Schluß die Tabaksteuerfragen mit. Er führte den Mitgliedern sehr trefflich die Entwicklung

jämlicher Zweige der Tabakbranche vor Augen. Besonders hob er die Konzentration der Betriebe hervor und gab ein Bild von den ungeheuren Summen, die aus dem Tabak herausgewirtschaftet werden. Der Vortrag des Kollegen Wenzel wurde mit großem Interesse aufgenommen und mit reichem Beifall belohnt. Unter Sonstiges gab Gauleiter Kollege Clement noch einige Beispiele über die Entwicklung und Konzentrierung einiger bekannter Firmen bekannt. Weiter erinnert er nochmals an den stattfindenden Betriebsrätekursus, an welchem er rege Teilnahme erwartet. (Ueber den inzwischen stattgefundenen, wohlgeleiteten Kursus zu berichten ist nicht unsere Aufgabe, betonen möchten wir nur, daß derartige Kurse öfters stattfinden müssen.) Kollege Schreyer gab ausführlich Aufschluß über die weitere Entwicklung unserer Zahlstelle und betonte, wie notwendig es war, daß wir eine Kraft freistellten. Der Vorsitzende Kollege Ficker gab bekannt, daß die Verbelästigung, welche leider nur von den Verwaltungsmitgliedern durchgeführt wurde, uns 61 Neuaufnahmen brachte. Wir werden bemüht sein, die Mitgliederzahl auf über 1000 zu steigern. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung, noch mehr für unseren Verband zu leisten, die sehr gut verlaufene Versammlung.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Das Ergebnis der statistischen Erhebung, die der Deutsche Tabakarbeiter-Verband Ende November veranstaltet hat, um die Beschäftigungsmöglichkeit seiner Mitglieder festzustellen, liegt nun vor. Es zeigt, wie auch aus der nachfolgenden Zusammenstellung zu ersehen ist, daß die Lage des Arbeitsmarktes in der Tabakindustrie gegenüber dem Vormonat eine kleine Besserung erfahren hat. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist weniger geworden, während die Zahl der Vollarbeiter und Ueberarbeiter zusammengenommen gestiegen ist:

	im Oktober	im November
Arbeitslose	12,62	12,45
Kurzarbeiter	12,11	10,19
Vollarbeiter	69,48	71,21
Ueberarbeiter	5,79	6,15
	100,00	100,00

Insgesamt wurden Ende November 72 574 (16 077 männliche und 56 497 weibliche) Mitglieder erfasst, von denen 9033 (1716 männliche und 7317 weibliche) völlig arbeitslos waren. Auf der anderen Seite konnten 51 677 (11 764 männliche und 39 913 weibliche) ihre 48stündige Wochenarbeitszeit voll ausnutzen. Darüber hinaus arbeiteten

	männliche	weibliche	zusammen
bis zu 3 Stunden	526	928	1454
bis zu 6 Stunden	625	1581	2206
mehr als 6 Stunden	238	567	805

	Insgesamt	1389	3076	4465
Diesen 4465 Ueberarbeitern standen 7399 Kurzarbeiter gegenüber und zwar war die Wochenarbeitszeit von 48 Stunden verkürzt um				
		bei männlichen	weiblichen	zusammen
1 bis 8 Stunden	649	3073	3722	
9 bis 16 Stunden	419	2343	2762	
17 bis 24 Stunden	136	775	911	
25 und mehr Stunden	4	—	4	
Insgesamt	1208	6191	7399	

Die bisher angeführten Zahlen unterrichten jedoch nur über die Lage des Arbeitsmarktes in der gesamten Tabakindustrie. Zur Vervollständigung bringen wir die Zahlen zur Kenntnis, die über die Beschäftigungsmöglichkeit in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie Aufschluß geben. Von den Mitgliedern, die Ende November statistisch erfasst wurden, waren

in der	Arbeitslose	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.	zusam.
Zigarrenbranche	4956	5625	35 520	4011	50 112
Zigarettenbranche	3696	1527	12 194	288	17 703
Rautabakbranche	30	88	2 084	—	2 202
Rauch- und Schnupf- tabakbranche	351	159	1 879	168	2 557
Insgesamt	9033	7399	51 677	4465	72 574

Um die seit Ende Oktober eingetretenen Veränderungen kenntlich zu machen, lassen wir diesen absoluten Zahlen die Verhältniszahlen der beiden letzten Monate folgen: Von je 100 statistisch erfassten Mitgliedern waren

in der	Arbeitslose	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.				
	Okt.	Nov.	Okt.	Nov.	Okt.	Nov.	Okt.	Nov.
Zigarrenbranche	9,05	9,89	11,07	11,22	71,92	70,88	7,96	8,01
Zigarettenbranche	24,57	20,88	13,71	8,62	61,72	68,88	—	1,62
Rautabakbranche	1,65	1,36	4,52	4,00	93,65	94,64	0,18	—
Rauch- u. Schnupf- tabakbranche	11,87	13,73	28,49	6,22	52,49	73,48	7,15	6,57

Beringe Verschiebungen sind demnach in der Zigarrenbranche, wo eine kleine Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes eingetreten ist, und in der Rautabakbranche, wo sich die Beschäftigungsmöglichkeit etwas gebessert hat, zu verzeichnen. Demgegenüber können in den beiden anderen Branchen der Tabakindustrie merkliche Veränderungen und zwar zum Besseren festgestellt werden. Direkt auffällig ist dabei der Rückgang der Kurzarbeit in der Rauch- und Schnupftabakbranche, der jedoch in der Hauptsache auf Bremen beschränkt bleibt, während die Verbesserung der Lage des Arbeitsmarktes in der Zigarettenbranche sich vorwiegend in Berlin, Breslau und Dresden bemerkbar gemacht hat.

Allgemein verbindlich erklärt

hat der Reichsarbeitsminister den ersten Nachtrag vom 14. Oktober d. J. zum allgemeinerbindlichen Tarifvertrag nebst Anhang vom 8. November 1928 für das R a u t a b a k gewerbe in Nordhausen, Salza, Wansfried und Eschwege mit Wirkung vom 15. Oktober d. J. Die allgemeine Verbindlichkeit der Lohnsätze des Tarifvertrages vom 8. November 1928 tritt mit Ablauf der Geltungsdauer der Lohnsätze außer Kraft.

Bereinbarung für Hannover-Wülfel

Mit der Firma A. B. Bruns und Söhne, R a u t a b a k fabrik in Hannover-Wülfel, ist es zu einer Vereinbarung gekommen, die pro Jahr einen Tag Ferien mehr als bisher vorsieht. Außerdem werden vom 1. November d. J. an die Akkordlöhne um 4 v. H. und die Zeitlöhne um 5 v. H. erhöht. Eine weitere Erhöhung um 2 v. H. tritt sowohl bei den Akkord- wie auch bei den Zeitlöhnen am 1. Oktober 1930 in Kraft. Die Geltungsdauer dieser Vereinbarung reicht bis zum 30. April 1931.

Bekanntmachungen

Am 21. Dezember ist der 51. Wochenbeitrag fällig

Verschiebung der Wahl eines Lichtbild-Vorsitzers

Vorstand und Ausschuss des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes haben sich in einer gemeinsamen Sitzung mit der Wahl eines Lichtbild-Vorsitzers beschäftigt. Ihre Beratungen führten dazu, aus organisatorischen Gründen im Augenblick von einer Wahl abzusehen. Deshalb sei allen Bewerbern für ihre Bemühungen schon jetzt der Dank des Verbandes ausgesprochen.

Folgende Gelder sind eingegangen:

6. Dezember. Destringer 150.—
7. Braunsberg 150.—, Enger 100.—, Frankfurt a. M. 24.—, Pfaffenhofen 60.—, Hannover 1200.—, Lauffen 100.—, Sonneborn 70.—, Spenge 250.—, Landschut 80.—
9. Halberstadt 140.—, Osnabrück 200.—, Nordhausen 1000.—, Lobenstein 200.—, Gronau 60.—, Langenbielau 100.—, Schönberg 890.—, Trier 250.—, Blotho 550.—
10. Altkuzheim 300.—
11. Braunschwalde 100.—, Herford 300.—, Kirrlach 140.—, Reilingen 200.—, Münden 1000.—
12. Kirchart 250.—, Vorsch 200.—, Schötmar 70.—, Heilbronn 1500.—, Heidelberg 1100.—, Bremen 500.—, Waldheim 278.25, Schöned 420.06, Drantzenbaum 319.—, Frankenberg 449.60, Dresden 2230.50
13. Hamburg 400.—, Schöned 330.—

Bremen, den 17. Dezember 1929.

J. Krohn.

merk. beste Bezugsquelle für **billig. böhmisch. Bettfedern**



1 Pfd. graue, gute, geschlossene 80 v. 1.—M., halbweiße 1.20 M., 1.40 M., weiße flaumige, geschlossene 1.70, 2.—, 2.50, 3.— M., feinste geschliff. Halbflaum-Herrschafis-Federn 4.—, 5.—, 6.—, 1 Pfd. Kupffedern ungeschlossene mit Flaum gemengt, halbweiß 1.75 M., weiß 2.40 M., 3.— M., allerfeinster Flaumruff 3.50 M., 4.50 M. Versand zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpaß. Geld retour. Muster und Preisliste gratis. S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 26/902, Böhmen

Gummiwaren

Hygien. Artikel. Preisl. 1/2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jacobstraße 8

Billige böhmische Bettfedern!



Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschlossene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiche 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschlossene 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M, Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Weihnachten

Die Menschen rüsten sich wieder, das Fest der Liebe zu begehen. Die Straßen der Städte zeigen es schon äußerlich. Unendliche Berge schöner Sachen sind in den Schaufenstern aufgestellt. Viele liebende Menschen zermartern sich das Gehirn, um den Mitmenschen, Weg- und Lebensgenossen eine kleine Freude zu bereiten. Weihnachten ist das Fest der Liebe und der Solidarität.

Wenn wir nun mit Weihnachtsaugen die Welt betrachten, so gehen wir naturgemäß von unserem eigenen Wirkungskreis aus. Wir sehen, daß die Erde an Naturschätzen immer reicher und reicher wird, wir spüren, daß der Erfindergeist des Menschen und die nie rastende Tätigkeit der Millionen die rohe Kraft der Natur immer mehr und mehr überwindet und sich dienstbar macht. Eine rastlose Tätigkeit, wohin man blickt. Neben den vielen Millionen, die berufsmäßig gezwungen sind, im Schweiß ihres Angesichts zu schaffen, arbeiten Zyklopen, Riesenapparate, Maschinen, die ein rasendes Tempo in die Welt der Arbeit hineingetragen haben. Der Reichtum des Menschen wächst, seitdem das Maschinenzeitalter angebrochen ist. Zwar wird dieser Wachstumsprozeß immer wieder durch Kriegsperioden unterbrochen, wo der Mensch zur Bestie, zum wilden Tier wird, wo er schonungslos alles vernichtet, was Menschenfleisch und Menschenhirn errungen und geschaffen hat. Dennoch — alles ist vergänglich: auch Kriegszeiten, Inflation und ähnliche Geiseln der Menschheit. Aber eins bleibt immer: der Hunger nach Lebensgenuß, das Streben nach Vollkommenheit, nach Freiheit, Licht und Sonne. Nicht allen Menschen werden diese Schönheiten des Lebens zuteil. Millionen sind dazu verurteilt, immer auf der Schattenseite des Lebens ihre Tage zu vollbringen.

Hierzu zählen vor allem diejenigen, die beschäftigungslos sind und diejenigen, die von der zermalmenden Mühle der kapitalistischen Wirtschaft zerstoßen und zertreten wurden. Namentlich in diesem Jahre fällt das Weihnachtsfest in eine Periode der Arbeitslosigkeit. In Deutschland werden an den Feiertagen mehr als 1½ Millionen arbeitsfähige Menschen ohne Beschäftigung sein. Die deutsche Wirtschaft vermag ihr eine fruchtbringende Tätigkeit nicht zu geben. Sie leben von Unterstützungen, sofern sie noch in den Genuß von solchen gelangen. Gerade um die Weihnachtszeit dieses Jahres wird eine heftige Fehde ausgefochten, ob den von der Beschäftigung Ausgeschlossenen eine ausreichende Unterstützung gewährt werden soll oder nicht. Das

Fest der Liebe und die Worte von dem Frieden auf Erden werden also von einer großen Zahl von Menschen mit sehr eigentümlichen Gefühlen betrachtet. Diese Menschen sind dem blinden Wüten einer Wirtschaftskrise ausgesetzt, ohne daß der Mensch seine eigenen Geschicke zu meistern und zu lenken vermag.

Und dies alles, obwohl, wie wir oben feststellten, die Kultur sich verbreitert, der Besitzstand der Menschen im ganzen sich vermehrt und immer größere Reichtümer aus dem Nichts hervorzuwachsen. In einer Zeit, wo das Menschengeschlecht produktiv so ungeheuer ergiebig ist, wo Stickstoff und somit Nahrungsmittel aus der Luft gezogen werden, wo die Technik glänzende Triumphe feiert, die Verkehrsmittel eine Höhe erreicht haben wie nie zuvor, wo brüderliches Walten und gleichmäßigere Verteilung der Lebensgüter überhaupt jede Not bannen könnte, ist dies noch tausendfältig spürbar. Auch in diesem Jahre werden viele Familien nur ein kümmerliches Weihnachtsfest feiern können. Und das ist es, was uns an der Vollkommenheit der heutigen Wirtschaftsordnung zweifeln läßt. Sie könnte vollkommener sein und ist es nicht, weil egoistische Interessen einzelner Gruppen und Menschen das Schicksal vieler weitgehend bestimmen.

Das Jahr 1929 ist das Jahr der Reparationslösung. Das Wort Friede auf Erden soll Wirklichkeit werden insofern, daß der furchtbare Krieg, der vor 15 Jahren begann und vor 11 Jahren endete, endlich liquidiert werden soll. Deutschland muß bezahlen. In wochen- und monatelangen Kämpfen, Konferenzen, Verhandlungen und internationalen Pressesekunden ist um die Reparationslösung gerungen worden. Nun soll die letzte Hand an einen Plan gelegt werden, der auf Jahrzehnte hinaus für Deutschland große Lasten bringt. Der Ertrag deutscher Arbeit soll zu einem Teil ohne Gegenleistung mehr als ein Menschenalter hindurch über die Grenze geschickt werden. Das ist der Fluch der bösen Tat, daß Generationen dafür büßen müssen, was vorhergehende getan und gesündigt haben. Es steht nur zu hoffen, daß die Regelung, die im nächsten Jahre in Kraft treten soll, auch wirklich zu einer Annäherung der Völker führt und ihnen die Kraft gibt, in Frieden und gegenseitiger Hilfeleistung miteinander zu leben, damit solche ungeheuren Katastrophen für alle Zeiten unmöglich sind.

Auch sonst hängt genügend schwarzes Gewölk am Himmel. Wir brauchen nur an die Kämpfe um die Steuerreform, um die

Weihnachten der neuen Zeit

Naturfeste waren ursprünglich alle großen Feste, die wir feiern. Die Kirche gab ihnen später ihren Sinn. Wir erfüllen sie heute mit modernem Geiste. Aber dennoch bleibt diesen Festen immer etwas von ihrem alten Ursprunge haften. Symbolisch erscheint uns immer wieder das alte Fest der Naturverehrung und der Naturverbundenheit in den Gebräuchen und Sitten der Feiertage. Und Weihnachten ist der Baum das Symbol der Ehrfurcht vor dem Natürlichen und dem großen Geschehen, wie sie den Menschen vor Jahrtausenden erfüllt hat.

Wir sind heute geistig, künstlerisch, technisch weit erhaben über jene Menschen, denen der Baum noch so viel zu sagen hatte. Und doch ist es bedauerlich, daß diese wirtschaftliche Entwicklung, vom Erwerbstrieb geleitet, auf Existenz und Vorteil eingestellt, uns so sehr einer Verbundenheit mit dem Naturgeschehen entfremdete. Wir wissen viel von der Natur; ungeheuer ist der wissenschaftliche Fortschritt der Erkenntnis, und doch ist der wissende Mensch als Kind dieser wirtschaftlichen Entwicklung arm an Erlebniswerten gegenüber dem Natürlichen. Und der Weihnachtsbaum steht da im Zimmer — wie wir es gewohnt. Mit dem ganzen Gleichgültigen einer bloßen Gewohnheit. Und die Natur ist vom Balde in die Mauern herabgestiegen, und sie ließ ihren Duft, ihren Hauch des Großen, Unfaßlichen — dort. Und ohne Gefühl für Erhabenheit und Weite und Geheimnis und Tiefe sitzt da so mancher unter dem Baume seiner Gewohnheit — als Spießer.

Es ist nicht damit getan, daß wir Weihnachten freundlich zueinander sind und uns etwas schenken und dann auch vielleicht an die Armen und Leidenden und Hungernden und Frierenden

denken. — Und das Weihnachtsfest ist manchem einmal im Jahre die Zeit, dieser sittlichen Pflicht nachzukommen, daß er dann wieder im Leben bis zum nächsten Weihnachtsfeste seinen unweihnachtlichen Erleben und Regungen folgen kann. — Es muß am Weihnachtsfeste wieder etwas in uns erwachen von diesem Bindenden zwischen dem Ich und dem weiten Lebendigen.

Der Baum ist das Symbol des „Du“. Da in allem vereint ist das Leben. Nicht du bist das Leben, wenn du gesondert nur deinen Zielen lebst. Der Baum ist das Symbol des Lebens als eines Etwas, das da in dir und in mir und über uns allen und in allem. Und wenn wir wissen, daß dieser Baumkultus der Ehrfurcht vor dem Lebendigen in der Menschheit zurückverfolgt werden kann bis in die ältesten, uns faßbaren Zeiten, so zeigt uns das, daß dieses tiefere Gefühl gegenüber dem Leben das Urgefühl des Menschen ist, das wesentliche und eigentliche Fühlen des Menschen, das durch diese auf das Ich und das Einzelne eingestellte wirtschaftliche Entwicklung nur in so vielen verkümmerte.

Es gibt mehr als dieses Stück Ich, das in dieser Wirtschaftsordnung zum Wesentlichen geworden. Das Leben ist des Lebens Sinn. Leben ist etwas Universales, etwas Großartiges. Und darbt dein Bruder, dann ist es das Leben, das darbt. Und lechzen Menschen nach Freiheit, dann ist es das Leben, das lechzt. Befreit das Leben! Auch der Schmuck deines Weihnachtsbaums ist nur ein Symbol. Symbol des Opfers für das Leben. Symbol des Feuerbrandes, mit dem die Menschen das siegende Leben feierten in allen Jahrtausenden.

Nur durch großes Wollen wächst Leben zu Freiheit heran. Nur durch Opfer des Selbst wird das Leben, das jenseits von einzelnen in dem Ganzen ist, und nur durch Feuer einer glühenden

Arbeitslosenunterstützung, um die sozialpolitischen Belange, um die Teilnahme an der Regierung usw. zu erinnern, um einen Geschmack davon zu bekommen, wie der Weihnachtsfriede im Innern Deutschlands aussieht. Es scheint überhaupt das Schicksal Deutschlands zu sein, daß fast immer um Weihnachten herum eine Regierungskrise im Bereiche der Möglichkeit steht. Daran ist zu ermahnen, daß Kampf, Interessengegensätze, rücksichtsloses Vordrängstößen die Lösung ist.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sehen diese Dinge und ihre innersten Beweggründe am klarsten. Sie wissen, daß alles ver-gänglichlich ist, aber eigene Tatkraft viel zu vollbringen vermag. Deshalb müssen sie sich selbst helfen und ihre organisatorischen Einrichtungen weiter ausbauen. Die Gewerkschaftsbewegung ist ein Teil der Kraft, die ein besseres Los zu schaffen vermag.

Mutterschaft*

(Frauennot — Frauenglück)

Wenn zum Feste der „Menschwerdung“ am Weihnachtsbaum die Kerzen aufflammen, denkt mancher in wehmütiger Sehnsucht an seine eigne Kindheit zurück, an seine eigne Mutter, die vielleicht schon längst im Grabe ruht. Heißere Sehnsucht läßt in einsamen Stuben Tränen rinnen oder verbirgt sie ängstlich im heiteren Freundeskreise: Sehnsucht nach dem Kinde, Sehnsucht der Frau, die nicht Mutter sein darf. In einer Zeit, wo die Mutterschaft nicht mehr unabwendbares Schicksal ist, verbieten körperliche Mängel, Erbanlage und — weit häufiger — wirtschaftliche Not, Kindern das Leben zu geben, deren Lebensbedarf und deren gesunde Entwicklung nicht sichergestellt ist. Wo das Gefühl oder die Unwissenheit noch stärker waren als diese Hemmungen, da zeigen sich die Folgen besonders deutlich im Strahlenglanze des „Festes der Kinder“. Vielleicht freuen sie selbst sich an ein wenig buntem Tand. Aber der Mutter drückt es das Herz ab, daß sie ihnen nicht mehr, daß sie ihnen keinen lustigen und sonnigen Wohnraum, keine reichliche und zweckmäßige Nahrung zu bieten vermag und vor allem, daß sie, ohne die nötige Schonung während der Schwangerschaft, ihnen nicht genügend Gesundheit und Kraft mit ins Leben gegeben hat.

Allerdings, mancherlei geschieht schon an Fürsorge für Mutter und Kind. Insbesondere die Wochenhilfe der Krankenkassen, auf die nicht nur die Versicherten, sondern auch Ehefrauen und Töchter der Mitglieder einen gesetzlichen Anspruch haben, ist in ihrer Bedeutung keineswegs zu unterschätzen. Dazu kommen die Schutzbestimmungen des Gesetzes über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 16. Juli 1927. Danach hat die gewerbliche Arbeiterin und Angestellte das Recht, sechs Wochen

* Die Matern der Schaubilder zu diesem Artikel sind uns dankenswerter Weise vom Gesundheitsdienst des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg zur Verfügung gestellt worden.

den Seele erlebst du und befreist du dieses Etwas, das Menschen da seit Jahrtausenden in Ehrfurcht fühlten, ohne es zu erkennen und zu erfassen und — erfüllen zu können — wie du.

Dr. Gustav Hoffmann

Der Traum

Eine lustige weihnachtliche Geschichte

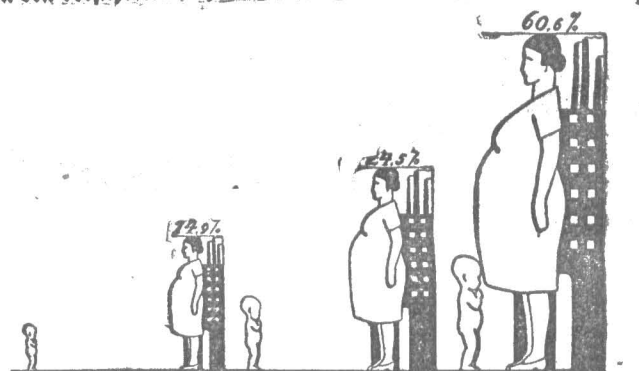
von Jo Hanns Köster

Erich Ramses ist ein kleiner Beamter. So klein und in Pegau. Sein Leben verläuft in einer seit Jahren und Tag gleichen Tappeltappeltour. Früh acht Uhr dreißigzwanzig steigt er die Treppen von seiner Wohnung bis zur Straße hinab, läuft die Schubgasse („Guten Morgen, Herr Kanzleirat“) entlang, überquert den Königsplatz („Guten Morgen, Herr Obersekretär“), biegt in die Ebertstraße („Guten Morgen, Herr Bücherrevisor“) ein, die direkt auf das Amtsgericht stößt. Dort sitzt Ramses dann seine acht Stunden ab. Tag für Tag. Jahr für Jahr. Gegen Mark 165.— Gehalt. Von denen er jeden Monat fünfunddreißig Mark zurücklegt. Das ist sein Außenleben.

Erich Ramses hat aber auch ein Innenleben. Und das ist zum Ausgleich seines ordentlichen Lebenswandels ein arg ausschweifendes Traumleben. Erstens kostet es nichts. Zweitens sieht es niemand. Und dann hat es keine Folgen. Da verpeißt er träumend die fettesten Gänse. Besäuft sich mit echtem Pfiffener. Reist Reisen. Kauft Bücher. Lobt Untergebene. Ist höflich zu Zivilisierten. Führt Auto. Spielt Skat um die Gänzen. Küßt die vornehmsten Mädchen.

vor der Entbindung die Arbeit niederzulegen, ohne eine Kündigung befürchten zu müssen. Da ihr aber zunächst für diese Zeit (ebenso wie sechs Wochen nach der Entbindung) nur ein Wochen-geld in der Höhe des Krankengeldes, also in der Regel 50 Prozent ihres Arbeitsverdienstes gewährt wurde, zwang die bittere Notwendigkeit die meisten, so lange wie irgendmöglich bei der Arbeit auszuhalten. Nach einer vom Hauptverbande deutscher Krankenkassen für die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 1. Oktober 1928 durchgeführten Erhebung haben nur knapp 15 v. H. der versicherten Schwangeren bereits sechs Wochen vor der Niederkunft die Arbeit niedergelegt, weitere 24,5 v. H. vier Wochen, während die meisten (über 60 v. H.) auch noch während der letzten vier Wochen gearbeitet haben. Wenn man bedenkt, daß unter der Zahl derjenigen, die verhältnismäßig frühzeitig ihre Arbeit niedergelegt haben, sich zweifellos auch freiwillig Versicherte, nicht Berufstätige und Erwerbslose befinden, dann sprechen diese Zahlen für sich. Sie sprechen zu jedem, der die erschöpfende Eintönigkeit und nervenzerrüttende Hast der modernen Fabrikarbeit kennt, wie sie für die Mehrzahl der Arbeiterinnen in Frage kommt. Die gesundheitlichen Folgen mangelnder Schonung in der Schwangerschaft: Häufigkeit der Fehl- und Frühgeburten, Erschwerung der Entbindungen, Unterleibsleiden, körperliche und seelische Erschöpfung und vorzeitiger Tod bei vielen Frauen sind von sachkundigen Ärzten festgestellt (vgl. die Verhandlungen des Preussischen Landesgesundheitsrates).

Von den versicherten Schwangeren legten die Erwerbsarbeit nieder:



über 4 bis 6 Wochen 4 Wochen weniger als 4 Wochen
vor der Entbindung.

Originalzeichnungen von H. Wellmann.

Nicht zuletzt haben die Ergebnisse der angeführten Erhebung mit dazu beigetragen, daß durch Gesetz vom 24. April d. J. die den Mitgliedern von Krankenkassen gewährte Wochenhilfe für

Wenn es aber dann ans Bezahlen geht, kneift sich Erich Ramses schnell in die Nase und erwacht.

Am 22. Dezember des letzten Jahres, nachmittags drei Uhr, ging Erich Ramses auf Urlaub.

Er wollte am nächsten Morgen eine kleine Reise nach Leipzig tun und das Fest bei seiner dort lebenden Schwester verbringen. Er packte Zahnbürste, Waschlappen, Nachthemd, Zigarren, Unterhosen, Kragen, Socken und Hauschuhe hübsch ordentlich in seinen Rucksack, stellte ihn an die Tür, legte den Hut darauf, damit er am Morgen alles gleich bei der Hand habe und stieg dann ins Bett.

Durch jahrelange Technik an Pünktlichkeit gewöhnt, marschierte er auch bald in sein Traumland.

„Schon sechs Uhr“, kletterte er aus der Falle, „ich muß fort.“ Schnell zog er sich an, nahm seinen Rucksack und stieg die drei Treppen von seiner Wohnung zur Straße hinab. Eine leere Autotaxe fuhr vorüber.

„Hallo“, rief er sie an, „zum Bahnhof.“

Denn wenn sich Ramses auch im Leben höchstens einmal eine Straßenbahnfahrt leistete, im Traum fuhr er nur Auto. Gab dem Chauffeur ein hohes Trinkgeld, wußte er doch beim Erwachen seine Geldbörse unverfehrt auf dem Nachttisch liegen.

„Eins zweiter Leipzig“, nahm er seine Karte und stieg in ein leeres Abteil des Zuges, der aus Pegauern Leipziger macht.

Blötzlich öffnete sich die Tür.

Herein stieg sein nächster Vorgesetzter, Obersekretär Schnurrpf.

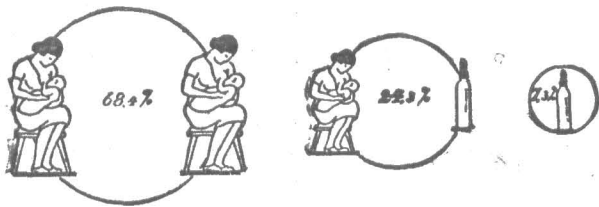
„Morgen, Herr Ramses, auch schon so früh auf den Beinen? Wollen Sie verreisen?“

„Morgen“, lehnte Ramses jede Unterhaltung ab.

die Zeit vor der Entbindung auf 75 Prozent des Grundlohns erhöht wurde unter der Voraussetzung, daß die Schwangere während der in Frage kommenden Zeit (bis sechs Wochen vor der Entbindung) keine Erwerbsarbeit leistet. Die Auswirkung dieser neuen Bestimmung muß erst abgewartet werden.

Sie wird kaum ausbleiben, denn daß gerade die berufstätige Frau bereit ist, ihre Mutterpflichten so gut wie irgend möglich zu erfüllen, wenn nur die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten, zeigt wiederum die bereits erwähnte Statistik, nach deren Angaben fast 93 v. H. der versicherten Mütter ihre Kinder gestillt haben. Fast 25 v. H. allerdings mußten mit der natürlichen Ernährung schon vor dem vierten Monat aufhören, meist wohl nach sechs Wochen, wenn die Wochenhilfe abgelaufen ist und die Erwerbsarbeit wieder beginnen muß. Immerhin sind die schwersten Wochen dann bereits überstanden und die Kinder haben aus der Mutterbrust schon so viel Widerstandskraft gegen die Gefahren der Umwelt gesogen, daß sie unter normalen Bedingungen am Leben zu bleiben vermögen.

Von den versicherten Müttern stillten ihre Säuglinge:



12 Wochen oder länger kürzer als 12 Wochen gar nicht
Originalzeichnungen von A. Wellmann.

Wenn es gelungen ist, in einem Vierteljahrhundert die Säuglingssterblichkeit auf die Hälfte herabzudrücken, so ist dies der beste Beweis dafür, daß die für Mutter und Kind verausgabten Mittel nicht verschwendet worden sind. Auch volkswirtschaftlich gesehen bedeuten diese Ausgaben, mögen sie auch 72½ Millionen Mark im Jahre betragen, nur einen geringen Aufwand gegenüber den Verlusten, die Geburt und früher Tod zahlreicher Säuglinge mit sich bringen.

Dazu kommen mancherlei Erkrankungen der Mutter, machen doch die „Frauenkrankheiten“ nach einer Statistik der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin 13,4 v. H. aller Erkrankungsfälle weiblicher Rassenmitglieder aus. Dabei handelt es sich fast durchweg um Erkrankungen, die bei rechtzeitiger Hilfe heilbar und die durch vorbeugende Maßnahmen vermeidbar sind. Deshalb tut neben dem Ausbau der sozialen Fürsorge in erster Linie Aufklärung der breitesten Bevölkerungskreise not.

Im Leben hätte er sich etwas eingeblendet, mit einer Ansprache von seinem Vorgesetzten beehrt zu werden. Im Traum aber hatte er es nicht nötig. Im Gegenteil.

„So wortkarg?“, fuhr der Obersekretär fort, denn er hatte sich zu so früher Stunde in Pegaunoch keine Zeitung kaufen können.

„Was heißt hier wortkarg, verehrter Herr?“ vermied abschließlich Ramses im Traum jeden Titel, „lassen Sie mich gefälligst ungeschoren mit Ihrer Quasselei. Heute fährt auch jeder zweiter Klasse.“

„Sie sind übergeschnappt, total übergeschnappt,“ verließ der Obersekretär das Abteil, „im Amt sprechen wir uns wieder.“

„Traumgespenst!“ schrie ihm Ramses nach.

Auf einmal stand er in Leipzig auf dem Bahnhof.

„Träger“, ließ er sich den Rucksack bis zur Sperre tragen.

Und bestieg die Straßenbahn. Von wegen einem schönen Mädchen.

Blond, blaue Augen, kurze Haare, noch kürzeren Rock.

„So jung und schon Leipzigerin“, schlug er sie begeistert mit der flachen Hand gegen die Wade.

„Mein Herr,“ sprang sie auf, „ich kenne Sie ja gar nicht.“

„Eben deswegen. Aber Sie sollen mich kennenlernen.“

Brauchen Sie Strümpfe? Oder einen Hut? Oder gar ein Kleid.“

„Ich zahle alles.“

Da setzte sich das Mädchen wieder nieder und ward zugänglich.

„Einen Pelzmantel wüßte ich. Zu Weihnachten. Ein Gelegenheitskauf.“

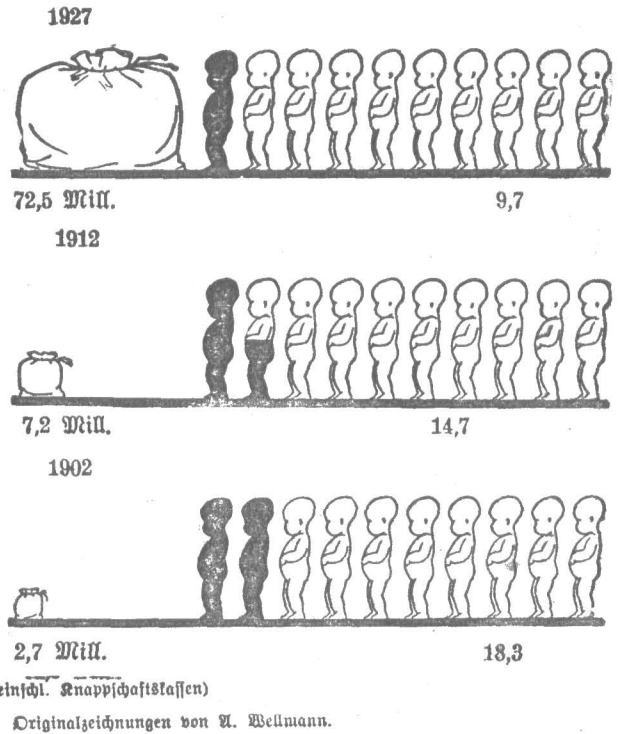
Nun hätte Ramses nicht aus Pegaunoch sein müssen, wenn ein Gelegenheitskauf nicht Musik in seinen Ohren gewesen wäre. Er kaufte also dem Mädchen den Mantel.

Darauf wollte er Näheres wissen.

Diesem Zwecke dient das soeben eröffnete Volksmuseum für Frauenkunde, das vom Hauptverband deutscher Krankenkassen im Anschluß an sein gleichnamiges Forschungsinstitut in Berlin-Charlottenburg geschaffen wurde. Als zur Einweihungsfeier am 30. November d. J. zahlreiche Vertreter der Behörden und der sozialen Medizin sich in dem großen Vortragssaale des Instituts versammelten, um die warmen Begrüßungsworte von Stadtrat Ahrens und einen ausschlußreichen Vortrag von Professor Dr. Liepmann zu hören, leuchtete ihnen von der bildgeschmückten Wand das Leitmotiv der „Frauenkunde“ entgegen: „Gesundheit des Lebens höchstes Gut, Mütterlichkeit des Lebens Krone“.

**Wochenhilfe
Jahresausgabe der
reichsgef. Krankenkassen**

**Säuglingssterblichkeit
vont Hundert der lebend Geborenen**



Kolleginnen und Kollegen! Werbt unermüdlich für den Verband!

„Aber gern,“ war das Mädchen sofort einverstanden, „ich habe 10 Schwestern und 3 Brüder, alle unversorgt. Mein Vater ist vor der Zeit gestorben. Meine Mutter ist eine anständige Frau und wohnt Brückenstraße drei Treppen. Darf ich dich vorstellen?“

Das hatte eigentlich Ramses nicht gemeint, aber im Traum frisst der Teufel Mütter. Er marschierte also nach der Brückenstraße.

„Lassen wir die Kinder allein,“ räumte die Mutter schnell das Zimmer, stellte sich hinter die Tür und wegte den Segen.

„Du bist mein Traum,“ wurde jetzt Ramses ehrlich, „möge ich nie erwachen.“

„Dann laß uns träumen, Schatz.“

Und sie träumten.

Leise schlich die Mutter ins Zimmer. Brannte den Christbaum an, rief die 13 unversorgten Kinder, zeigte den Kindern den neuen Herrn ihrer Schwester und schluchzte: „An mein Herz, geliebter Sohn.“

Auf sprang Ramses Erich: „Da haben wir ja die Bescherung.“ Und er kniff sich schnell in die Nase.

Er kniff einmal. Er kniff zweimal. Er kniff noch einmal.

Aber der Traum wollte nicht vergehen.

„Ja, träume ich denn nicht?“

„Nein, Schatz. Du bist bei deiner goldigen Braut.“

Da erkannte Erich Ramses, daß er nicht geträumt hatte, sondern daß er tatsächlich von Pegaunoch weggefahren war. Und er sah mit Schrecken den Obersekretär Schnurrpf vor sich, die Autotaxe, den Träger, den Pelzmantel und die ganze bucklige Verwandtschaft. Außerdem bemerkte er plötzlich, daß seine Braut schielte, worauf es im Traum nicht so angekommen wäre.

Keine Katastrophenpolitik!

Zu einer Zeit, in der Deutschland um Wirtschaftsgeltung und Lebensraum kämpft, wird von Unternehmerorganisationen und politischen Heißspornen eine Aktion unternommen, die einen neuen Schlag gegen den sozialen Staat und die Lebensinteressen der Arbeitnehmerschaft bedeutet. Die erwarteten Wirtschaftserleichterungen des Young-Planes dienen dem Reichsverband der Deutschen Industrie in Denkschrift und Rundgebung zu einem Vorstoß, der abzielt auf den Abbau der Arbeitslosenversicherung, auf die Aushöhung der übrigen Sozialversicherung, die Einschränkung des Schlichtungswesens, die Drosselung der öffentlichen Wirtschaft, die Abwälzung der Steuerlasten vom Kapital auf die Arbeit.

Mit den Schlagworten „Sicherheit der Rentabilität“ und „Kapitalbildung“ wird von der vereinigten sozialen Reaktion eine Panikstimmung erzeugt, als wäre die deutsche Wirtschaft unter der jetzigen Steuer- und Sozialpolitik in eine Katastrophe hineingeführt worden. Der Aufstieg der Wirtschaft im letzten Jahresfünft beweist aber, daß Sozialpolitik und Sozialversicherung den wirtschaftlichen Fortschritt nicht gehemmt, sondern gestützt haben.

Die Gewerkschaften erkennen selbstverständlich die Notwendigkeit ausreichender Kapitalbildung an. Sie bekämpfen aber jene Politik, die einseitig die wirtschaftliche und politische Macht des Unternehmertums stärkt und die Kapitalbildung in den Sparkassen sowie bei den öffentlichen Körperschaften hemmt.

Unter dem Schlagwort „Finanzreform“ wird einseitige Besitzentlastung gefordert, die andererseits eine Mehrbelastung der besitzlosen Volksmassen zur Folge haben muß. Eine solche Verschiebung in der Verteilung des Sozialproduktes zugunsten der besitzenden Klassen widerspricht nicht nur den Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft, sondern auch dem Wohle der deutschen Gesamtwirtschaft. Sie würde die Kaufkraft der breiten Volksmassen herabdrücken, den Binnenmarkt einengen, eine allgemeine Krise herbeiführen und damit erst die Wirtschaft „ans Ende ihrer Kraft“ bringen.

Ausgangspunkt der Finanzreform muß die schwierige Lage der öffentlichen Finanzen sein. In erster Linie ist der ständige Fehlbetrag, der das Reich in entwürdigende Abhängigkeit von den Banken gebracht hat, unbedingt zu decken. In der Zukunft darf der Haushalt nicht „am Rande des Defizits“ stehen. Er muß die Mittel sicherstellen für die Aufgaben, die der Gesellschaft durch den technischen Fortschritt auf sozialem und kulturellem Gebiete dauernd erwachsen.

Die unberufenen Eingriffe des Reichsbankpräsidenten in Fragen der Regierungspolitik haben die bestehenden Schwierigkeiten noch verschärft. Zu wiederholten Malen hat er notwendige Anleihen der öffentlichen Wirtschaft hintertrieben und sich damit zum Schrittmacher des Privatkapitals im Kampfe gegen die öffentlichen Betriebe gemacht. Die Gewerkschaften fordern, daß mit der Finanzreform auch die Wiederholung derartiger Eingriffe unterbunden wird.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit erkennen die Gewerkschaften an, daß im Interesse der Arbeiterschaft auch den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung getragen werden muß. Im Gegensatz zu einer solchen Verantwortlichkeit schrecken maßgebende Kreise des Unternehmertums gegenwärtig nicht davor zurück, eine unbegründete Krisenstimmung zu erzeugen, die geeignet ist, die Wirtschaft in erheblichem Umfange zu erschüttern.

Indem die Gewerkschaften eindringlich vor der Fortsetzung einer solchen begehrliehen Politik warnen, sehen sie sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß eine unsoziale Umlagerung der wirtschaftlichen Lasten aus der Einkommensverteilung nicht vor sich gehen kann, ohne eine Ära neuer schwerer sozialer Kämpfe heraufzubeschwören.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Gr a h m a n n.

Allgemeiner freier Angestelltenbund

A u s h ä u s e r.

Sozialversicherung und Privatversicherung

Sin und wieder werden aus dem Lager der Privatversicherung Stimmen gegen die Sozialversicherung laut, die als eine unerwünschte Konkurrentin betrachtet wird. Das ist verkehrt; denn der gewaltige Aufschwung der Lebensversicherung in Deutschland, insbesondere der Volksversicherung, die für den größten Kreis der Sozialversicherten in Betracht kommt, beweist, daß Sozialversicherung und Privatversicherung sehr wohl nebeneinander bestehen und sich gegenseitig ergänzen können. Die vielen

Hunderttausende, Millionen von Versicherten der privaten Versicherungen, die als Arbeitnehmer der Sozialversicherung unterworfen sind, betrachten die private Versicherung, also den freiwilligen Versicherungsschutz, keineswegs als überflüssig. Für jeden Arbeiter, Angestellten und Beamten ist es eine unbedingte Notwendigkeit, neben der obligatorischen Sozialversicherung noch eine gute Lebensversicherung zu besitzen, um im Alter, bei nachlassender oder eingebüßter Erwerbsunfähigkeit, einen größeren Betrag in der Hand zu haben oder den Hinterbliebenen für den Todesfall eine angemessene Summe sicherzustellen.

Durch die Sozialversicherung ist in den breiten Massen des deutschen Volkes der Versicherungsgedanke gefördert worden; sie hat durch Verbreitung und Vertiefung des Versicherungsgedankens der von den Versicherungsunternehmen betriebenen Volksversicherung die Wege geebnet; denn Ausdehnung der Sozialversicherung und gewaltiges Steigen der Volksversicherung fallen in der Vorkriegszeit zeitlich zusammen. Je mehr Bevölkerungsteile die Sozialversicherung erfaßte, um so stärker breitete sich auch die Volksversicherung aus; zählten wir doch schon vor dem Kriege in Deutschland mehr als 12 Millionen Versicherungspolice! Es wird nicht mehr lange dauern und die Volksversicherung hat diesen Stand wieder erreicht.

Den größten Anteil am Volksversicherungsgeschäft unter den Gesellschaften in Deutschland hat die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der freien Gewerkschaften und der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften. Sie hat zurzeit einen Bestand von 1 850 000 Versicherungen mit 750 Millionen Reichsmark Versicherungssumme. Die freien Gewerkschaften, die um eine bessere Ausgestaltung der Sozialversicherung kämpfen, fördern mit dem ganzen Einsatz ihrer Macht und ihres Ansehens auch die von der Volksfürsorge betriebene private Versicherung. Das ist kein Widerspruch, sondern geschieht im wohlverstandenen Interesse der werktätigen Bevölkerung. Die Gewerkschaften werden darin von den Genossenschaften und den übrigen Zweigen der Arbeiterbewegung unterstützt.

Einkommen und Genußmittelverbrauch

In seiner Untersuchung über die Wirtschaftsrechnungen der Arbeiterhaushaltungen kommt das Statistische Reichsamt auch zu einer genauen Berechnung der Ausgaben für Genußmittel. Der Verbrauch derselben bei den höheren und niedrigen Einkommensschichten weicht sehr wesentlich voneinander ab. Die Ausgaben für Genußmittel betragen bei einem Jahreseinkommen je Volksperson in Mark:

	bis 800	von 800 bis 1000	von 1000 bis 1200	von 1200 bis 1500	von 1500 und mehr	Gesamtdurchschnitt
Bier	9,25	14,24	21,71	26,86	37,50	21,90
Branntwein	1,38	1,52	2,29	2,98	5,29	2,59
Wein	0,65	1,54	2,08	3,49	8,81	3,09
insgesamt	11,29	17,30	26,08	33,33	51,60	27,58
Alkoholfr. Getränke..	0,56	0,88	1,13	1,57	2,98	1,37
Tabakerzeugnisse	8,18	11,64	14,20	23,09	28,10	16,96
Genußmittel insgef..	20,03	29,82	41,41	57,99	82,68	45,91

In den höheren Einkommensstufen war der Genußmittelverbrauch viermal so hoch als in der niedrigsten. Noch größer war der Unterschied bei den alkoholischen Getränken.

Literarisches

„Im Strom der Zeit“. Im Jahre 1908 erschien die erste Ausgabe des Gedichtbandes „Im Strom der Zeit“ von Ernst Preczang. Innerhalb kurzer Zeit wurden zwei weitere Auflagen dieses Buches notwendig. 1920 erschien die vierte Auflage des Buches, das als ein mit dieser schnellen Folge der Auflagen bewiesenen hatte, daß es seinen Titel zu Recht trägt, und daß diese Gedichte von Ernst Preczang aus der Zeit und für die Zeit geschrieben waren. Inzwischen haben sich formale Umwälzungen in der Literatur vollzogen. Sie sind stürmisch herangebraut und ebenso schnell wieder verebht.

Alle Freunde einer ungefülltesten und proletarischen Lyrik werden es begrüßen, daß jetzt, zugleich aus Anlaß des 60. Geburtstages von Ernst Preczang am 16. Januar nächsten Jahres, der Gedichtband „Im Strom der Zeit“ in neuer Bearbeitung und schöner Ausstattung, außerdem ergänzt und auf einen Umfang von 14 Bogen erweitert, im Buchmeister-Verlag G. m. b. H., Berlin, neu erscheint. In Deinen 480 A. Das Werk ist in sechs Abchnitte eingeteilt: „Last und Wehr“, soziale und Kampfgedichte, „Brennende Welt“, Gedichte aus der Kriegszeit, „Aus Natur und Wanderschaft“, hauptsächlich Gedichte aus der Zeit der Walze, „Liebe“, „Nieder vom Meer“ und „Ausklang“. Jeder Abschnitt ist mit einem Holzschnitt von Frans Masereel geschmückt.